

| Council of European Municipalities and Regions
| Conseil des Communes et Régions d'Europe
| Συμβολιο των Ευρωπαϊκων Δημων και περιφερτων
| Consejo de municipios y regiones de europa
| Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
| Raad der Europese gemeenten en regio's
| Conselho dos municípios e regiões da Europa



| **RGRE** | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

RGRE- Infobrief 04/2019

Datum

Dezember 2019

Unser Zeichen

81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-315

Telefax +49 221 3771-100

E-Mail

mascha.gerwin@staedtetag.de

Bearbeitet von

Mascha Gerwin

Infobrief

für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.

Gereonstraße 18 - 32, 50670 Köln | Telefon +49 221 3771-0 Telefax +49 221 3771-128
Durchwahl +49 221 3771-310 und +49 221 3771-188
Internet: www.rgre.de | Mail: post@rgre.de

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn Konto 30 212 153 (BLZ 370 501 98) | IBAN: DE15 3705 0198 0030 2121 53 SWIFT-BIC: COLSDE33

Inhaltsverzeichnis

I.	Deutsche Sektion des RGRE	3
	Kommunale Europaarbeit: EU- und Förderreferenten tagten in Karlsruhe	3
	Die europäische Idee vor Ort: Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa“	3
	Vive l’Europe: Deutsch-Französische Jahreskonferenz in Essen	4
II.	Europäische Union	4
	Europäisches Parlament bestätigt neue EU-Kommission (2019-2024)	4
	Fünf Anliegen des EP zur Konferenz zur Zukunft Europas bekanntgegeben	5
III.	Ausschuss der Regionen.....	5
	Bewerbungsaufruf für den Titel „Europäische Unternehmerregion“ 2021.....	5
IV.	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit.....	5
	PLATFORMAwards: Bewerbungsfrist endet am 31. Dezember 2019	5
V.	Veröffentlichungen	6
	Zeitschriftenspiegel	6
VI.	Partnerschaftsarbeit.....	7
	Partnerschaftsgesuche.....	7
	...aus Palästina: Al Dhahiriya	7
VII.	Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges	8
	Deutscher Städtetag legt europapolitische Forderungen vor	8
	Generation Europa: Influencer gesucht! – Wettbewerb zur Europawoche 2020	9
	00 800 6 7 8 9 10 11: Über 100.000 Anrufe beim Europäischen Bürgertelefon.....	9

I. Deutsche Sektion des RGRE

Kommunale Europaarbeit: EU- und Förderreferenten tagten in Karlsruhe

Am 21. und 22. November 2019 fand in Karlsruhe die 46. Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferentinnen und –referenten statt. Ein Fokus lag dabei auf dem Thema nachhaltige Stadtentwicklung. Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Karlsruhe stellten ihre Arbeit auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Kooperation vor und berichteten über die Magistrale für Europa –eine transnationale Bahnstrecke–, über die Partnerschaft für urbane Mobilität und die Zusammenarbeit mit den französischen Nachbarkommunen. Jonas Scholze vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung stellte den aktuellen Stand zur geplanten Novellierung der Leipzig Charta im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 vor. Ein weiteres Hauptaugenmerk lag auf den Plänen der neuen EU-Kommission. Außerdem wurde mit den sogenannten Thementischen ein neues Format getestet. An drei verschiedenen Tischen tauschten sich die Mitglieder des Arbeitskreises zu Best Practices der kommunalen Europaarbeit, kommunalem Fördermittelmanagement und der Zukunft der Städtepartnerschaften aus. Abends gab es zudem die Möglichkeit, an einer Führung durch das Bundesverfassungsgericht teilzunehmen und einen Einblick in die Räumlichkeiten des höchsten deutschen Gerichtes zu bekommen.

Die europäische Idee vor Ort: Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa“

Unter dem Motto „Kommunen sagen Ja zu Europa“ kamen am 15. November 2019 etwa 60 Europaengagierte in den Räumen des Regionalverbands Ruhr (RVR) in Essen zusammen, um sich zu vernetzen. Mitarbeitende kommunaler Verwaltungen aus den Fachbereichen Internationales und Städtepartnerschaften sowie Akteure aus dem Jugend- und Bildungsbereich tauschten sich darüber aus, wie grenzübergreifende Partnerschaftsarbeit zwischen Kommunen und Jugend- und Bildungseinrichtungen weiterentwickelt und nachhaltig gestaltet werden kann. Nach dem Auftakt in Wiesbaden im Jahr 2017 und der Tagung bei der Region Hannover im vergangenen Jahr fand das Forum für Austausch, Begegnung und Vernetzung nun bereits zum dritten Mal statt. Nach der Eröffnung durch die Regionaldirektorin des RVR, Karola Geiß-Netthöfel, begrüßte Lina Furch, stellvertretende Generalsekretärin der deutschen RGRE-Sektion, die Teilnehmenden. Sie hob die historische Rolle der Kommunen in der europäischen Einigung hervor. Die kommunalen Partnerschaften seien bei der Überwindung von Grenzen stets vorangegangen. Zudem betonte Furch die Bedeutung der Kommunen bei der Vermittlung der europäischen Idee vor Ort bei den Bürgerinnen und Bürgern. Gleichzeitig forderte sie eine stärkere Einbeziehung der kommunalen Ebene in die Gestaltung der Zukunft Europas, etwa im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas, die die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt hat. Den Tagungsteilnehmenden dankte sie für ihr Engagement und ihren Einsatz für Europa.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Projekte nutzten die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen. Brigitte Russ-Scherer berichtete über „Cities for Europe“ und sprach sich für eine stärkere Anerkennung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Europa durch die Kommunen aus. Als Beispiel nannte sie die Berliner Auszeichnung „Blauer Bär“. Unter dem Motto „Wir sind Europa – Nous sommes l’Europe“ präsentierte Christian Wermert aus der Gemeinde Nottuln ein deutsch-französisches Kunstprojekt, das im

Rahmen des 35-jährigen Partnerschaftsjubiläums der Gemeinde mit der französischen Kommune Saint Amand-Montrond entstanden ist. Grundschülerinnen und Grundschüler aus beiden Ländern kreierten Mosaiksteine, die in eine Bank eingearbeitet wurden. Diese steht nun auf einem zentralen Platz in Nottuln und erinnert an die lebendige kommunale Partnerschaft. Insgesamt zeigte die Tagung, wie vielfältig Europa und die kommunalen Partnerschaften in den Städten, Landkreisen und Gemeinden gelebt werden und ermutigte die Teilnehmenden, auch in Zukunft Ja zu Europa zu sagen.

Vive l'Europe: Deutsch-Französische Jahreskonferenz in Essen

Die Jahreskonferenz des Deutsch Französischen Ausschusses im RGRE fand dieses Jahr am 5. und 6. Dezember im Ratssaal der Stadt Essen statt. Das Thema lautete „Stadtplanung in D und F – neue Herausforderungen und Antworten“. Als ehemalige Kulturhauptstadt (2010) und Grüne Hauptstadt Europas (2017) bot Essen dazu eine passende Kulisse. Auf drei verschiedenen Exkursionen ins Kreativquartier Nord, zum UNESCO-Weltkulturerbe Zeche Zollverein und in die Emscher Region, in der aktuelle Renaturierungsprojekte vorgestellt wurden, konnten die Teilnehmenden aus beiden Ländern direkt ins Thema der Konferenz einsteigen. Auf der Tagesordnung stand zudem ein Vortrag zum Thema „Die internationale Metropole: Großstadtpläne im Austausch zwischen Deutschland und Frankreich“ von Prof. Dr. Wolfgang Sonne der TU Dortmund, der mit vielen Bildern die wechselseitige stadtplanerische Beeinflussung zwischen Deutschland und Frankreich darstellte. In kleineren Workshops gab es Inputs zu den Themen lebenswerte Stadt und die Nachhaltigkeitsziele der UN, Bürgerpartizipation und Mobilität.

Der zweite Tag der Konferenz stand ganz im Zeichen eines Townhall-Meetings, bei dem Schülerinnen und Schüler aus Essen und der Partnerstadt Grenoble die Gelegenheit hatten, politischen Vertreterinnen und Vertretern Fragen zu stellen. Dabei zeigten sich die Schülerinnen und Schüler sehr gut informiert zu Themen wie öffentlicher Personennahverkehr, sozialer Wohnungsbau und Integration und stellten spannende Fragen, die auf dem Podium und in Dialog mit den jungen Leuten kontrovers diskutiert wurden. Zum Abschluss der Konferenz bestand die Möglichkeit, das renommierte Museum Folkwang zu besuchen und sich dort auch mit der künstlerischen Seite der deutsch-französischen Freundschaft zu beschäftigen.

II. Europäische Union

Europäisches Parlament bestätigt neue EU-Kommission (2019-2024)

Mit einem Monat Verzögerung konnte die Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen zum 1. Dezember ihre Arbeit aufnehmen. Am 27. November hatte das Europäische Parlament das Kolleg mit großer Mehrheit bestätigt. Als erste Frau in diesem Amt hat Ursula von der Leyen ihr Team fast paritätisch besetzt: „Wir sind nur eine Frau von einem ausgewogenen Verhältnis entfernt“, sagte sie. Zu den Prioritäten der neuen Kommission sollen u.a. der Europäische Grüne Deal, eine Wirtschaft deren Rechnung für die Menschen aufgeht, ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist und neuer Schwung für die europäische Demokratie zählen. Weitere Informationen finden Sie hier:

https://ec.europa.eu/germany/news/20191127-eu-parlament-bestaetigt-von-der-leyen-kommission_de

Fünf Anliegen des EP zur Konferenz zur Zukunft Europas bekanntgegeben

Die neue Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, kündigte bereits in ihren Politischen Leitlinien eine Konferenz zur Zukunft Europas an. Nun einigte sich der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments auf fünf wesentliche Anliegen für diese Konferenz: Erstens eine enge Zusammenarbeit zwischen Rat, Kommission und dem Europäischen Parlament, das zentraler Akteur sein soll, zweitens die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, drittens ein Gleichgewicht zwischen konkreten Inhalten und institutionellen Fragen, viertens Transparenz und Inklusivität als grundlegende Prinzipien sowie fünftens die Erzeugung eines greifbaren Mehrwerts für alle Bürgerinnen und Bürger. Gegebenenfalls sollen auch Änderungen zu den europäischen Verträgen Gegenstand der Konferenz sein. Weitere Informationen soll es Mitte Dezember geben; dann will auch die Kommission ein Kommunikationspapier mit ihren Ideen zur Konferenz vorstellen. Insbesondere soll es um die Förderung der europäischen Demokratie, beispielsweise durch transnationale Listen, Möglichkeiten der Bürgerpartizipation und das Spitzenkandidatensystem gehen sowie um Themen wie Europas Rolle in der Welt, Klimawandel und Digitalisierung, Rechtsstaatlichkeit und Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Spätestens im Frühjahr nächsten Jahres soll die Konferenz beginnen.

III. Ausschuss der Regionen

Bewerbungsaufruf für den Titel „Europäische Unternehmerregion“ 2021

Unter dem Motto „Unternehmertum für eine umweltfreundliche und nachhaltige Zukunft“ hat der Ausschuss der Regionen zur Teilnahme am Preis für Europäische Unternehmerregionen aufgerufen. Bewerben können sich sämtliche Gebietskörperschaften, einschließlich Metropol- oder Europaregionen, die eine innovative Förderpolitik für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) betreiben. Prämiert werden drei Bewerber mit besonders zukunftsorientiertem Ansatz, die dann im Jahr 2021 den Titel „Europäische Unternehmerregion“ tragen dürfen. Bei der Auswahl wird u.a. Wert auf eine Förderpolitik gelegt, die der Implementierung von EU-Initiativen wie dem Small Business Act, dem Aktionsplan Unternehmertum 2020 und dem Grünen Aktionsplan für KMU dient. Die Bewerbungsfrist endet am 31. März 2020. Der Preis soll am 1. Juli 2020 verliehen werden. Weitere Informationen, beispielsweise auch zu den Bewerbungsmodalitäten, finden Sie unter https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/european-entrepreneurial-region.aspx?utm_source=SharedLink&utm_medium=ShortURL&utm_campaign=EER2020.

IV. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

PLATFORMAwards: Bewerbungsfrist endet am 31. Dezember 2019

PLATFORMA hat zum zweiten Mal die PLATFORMAwards für besonderen Einsatz für die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ausgeschrieben. Bewerben können sich europäische Kommunen und Regionen, die sich in Zusammenarbeit mit einer Gebietskörperschaft in Osteuropa, Afrika, Asien, Latein- und Südamerika oder dem Mittleren Osten für die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen einsetzen. Bewertet werden u.a. die folgenden Kriterien: Lokale Demokratie, die Gleichstellung der Geschlechter, aktive Bürgerschaft, Innovation und Kreativität sowie der Bezug auf die SDGs. Zu gewinnen gibt es die

Produktion eines Videos zur Bewerbung der Partnerschaft, freien Eintritt zum CEMR Kongress in Innsbruck im Mai 2020 sowie eine Reise nach Brüssel. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Dezember 2019. Weitere Informationen finden Sie unter <http://platformawards.eu/>.

V. Veröffentlichungen

Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz (Elektronische Ressource)	42	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.)	Europäische Stadt: Wandel und Werte; Sonderheft zum europäischen Kulturerbejahr 2018
Kulturpolitische Mitteilungen	H. 3 (166), S. 22-23	Butt-Pośnik, Stöver	Heimat/en in Europa
Recht der Jugend und des Bildungswesens	67. 2019, H. 2, S. 168-172	Denecke	Erasmus+ (2014-2020) bewegt Europa
Europa kommunal	43. 2019, H. 5, S. 37-38	Drees	850 Kommunen übernehmen globale Verantwortung: Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Bonn
Forum Wohnen und Stadtentwicklung	11. 2019, H. 5, S. 265-268	Ehnert, Egermann, Höcke	Neue Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung? Kooperationsansätze zwischen Transition-Town-Initiativen und Kommunen
Europa kommunal	43. 2019, H. 5, S. 3-5	Furch	Europa gelingt nur mit den Kommunen: Beteiligung und Engagement der Städte, Landkreise und Gemeinden
Landes- und Kommunalverwaltung	29. 2019, H. 9, S. 405-406	Herzberg, Stypula	Zur Zukunft Europas: aus der Sicht der deutsch-polnischen Grenzregion
Sachsenlandkurier	30. 2019, H. 5, S. 260-262	Müller	Engagierte Kommunen für eine bessere Welt
Kommunalpolitische Blätter	71. 2019, H. 11, S. 15	N/A	Städtepartnerschaften leben von menschlichen Beziehungen
Europa kommunal	43. 2019, H. 5, S. 6-9	Roth	Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger: Bürgerdialoge mit Blick auf die deutsche Ratspräsidentschaft
Europa kommunal	43. 2019, H. 5, S. 30-32	Schmitz	Ländliche Räume stärker in den Blick nehmen: Überarbeitung der Territorialen Agenda der Europäischen Union

Europa kommunal	43. 2019, H. 5, S. 10-13	Selle	Demokratie und Partizipation auf europäischer Ebene stärken: vom Spitzenkandidatenprozess zur Wahlrechtsreform in der EU
Europa kommunal	43. 2019, H. 5, S. 17-20	Steuber	Absenkung des Wahlalters allein reicht nicht aus: Teilhabe aus Sicht der Jungen Europäischen Föderalisten

VI. Partnerschaftsarbeit

Partnerschaftsgesuche

...aus Palästina: Al Dhahiriya

Die Stadt Al Dhahiriya in Palästina ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Al Dhahiriya hat ungefähr 36.000 Einwohner und liegt 22km südlich von Hebron auf einer Höhe von 632 Metern über dem Meeresspiegel. Nach Hebron und Yatta ist Al Dhahiriya die drittgrößte Stadt im Regierungsbezirk Hebron und die am südlichsten gelegene im gesamten Westjordanland. Sie hat eines der besten Fußballteams in den palästinensischen Gebieten.

Al Dhahiriya wurde auf den Ruinen der kanaanitischen Stadt Goshen errichtet, dessen Herrscher, Sultan Al Dhahir, den Ort zu einem strategischen Standort innerhalb seines Sultanats machte. Nach ihm ist die Stadt benannt. Zu den wichtigsten historischen Sehenswürdigkeiten des Ortes gehört die Altstadt. Viele Gebäude wurden hier auf Initiative der Stadtverwaltung und lokaler und internationaler Geber renoviert. Der bekannteste Komplex in der Altstadt trägt den Namen „Al Khawkha“. In ihm befindet sich jetzt das Fawzi Pasha Kulturzentrum. Außerdem gibt es in dem Ort eine Kirche aus byzantinischer Zeit.

Auf den landwirtschaftlichen Flächen werden Getreide, Gemüse und Olivenbäume angebaut. Es gibt einen 130 Jahre alten Viehmarkt, der Händler aus allen Teilen der palästinensischen Gebiete zusammenbringt. Er ist der wichtigste Viehmarkt im gesamten Westjordanland. Insgesamt arbeiten aber nur 15 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft. 11 Prozent arbeiten im Handelssektor, 5 Prozent in der verarbeitenden Industrie, 17 Prozent bei der Palästinensischen Behörde und 52 Prozent in Israel.

1963 wurde in Al Dhahiriya der erste Dorfrat eingerichtet. 1997 erhielt der Ort den Status einer Stadt und die Palästinensische Behörde ernannte die Mitglieder eines Stadtrates. 2004 fanden die ersten Kommunalwahlen in dem Ort statt. Aktuell hat Al Dhahiriya 13 Stadtratsmitglieder, von denen zwei weiblich sind. Bürgermeister ist aktuell Rateb Al-Sbar. Die Stadtverwaltung hat 95 Mitarbeitende und stellt den Bürgerinnen und Bürgern diverse Dienstleistungen zur Verfügung. Die Stadtverwaltung wünscht sich eine Zusammenarbeit mit einer deutschen Kommune insbesondere in den Bereichen Abfall- und Abwassermanagement, Energieeffizienz, erneuerbare Energien sowie im Bereich der Renovierung von Gebäuden.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit einer der oben genannten Kommunen interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, bei Frau Mascha Gerwin (E-Mail Adresse: <mailto:mascha.gerwin@staedtetaq.de>, Telefon: 0221/3771-315).

VII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges

Deutscher Städtetag legt europapolitische Forderungen vor

Die Städte fordern das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auf, den europäischen Zusammenhalt zu fördern und überzeugende Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu finden. Daran wollen die Städte mit aller Kraft mitarbeiten. Vor dem Arbeitsbeginn der neuen Kommission am 1. Dezember legte der Deutsche Städtetag europapolitische Forderungen zu sieben zentralen Themenbereichen für die EU-Legislaturperiode vor.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, sagte dazu: „Wir wollen ein Europa des Zusammenhalts. Europas Zukunft zu sichern und zu gestalten ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung. Wir müssen dem Erstarken von Nationalismus und Rechtspopulismus, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft und den Sorgen vor einem Auseinanderbrechen der Europäischen Union gute Perspektiven entgegensetzen, damit das gemeinsame Projekt Europa eine Zukunft hat. Europa ist ein Kontinent starker Kommunen und lebendiger Städte. Hier realisiert sich Bürgernähe. Deshalb müssen europäische Politik und ihre Institutionen die kommunale Ebene ernst nehmen und die Kompetenz der Städte besser einbeziehen.“

Eine zentrale Aufgabe der Europapolitik ist es nach Ansicht der Städte, den europäischen Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern. Dies beginne beim Zusammenleben der Menschen vor Ort. „Der soziale Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft ist der Kitt für ein friedliches Miteinander. Die EU sollte deshalb die Städte bei ihren mannigfaltigen Herausforderungen unterstützen. Dazu gehören gute Bildungschancen, nachhaltige Mobilität, Umweltschutz und Digitalisierung. Wenn wir den Zusammenhalt fördern, schaffen wir eine dauerhafte Grundlage dafür, dass Europa für seine Menschen ein lebenswerter Ort bleibt“, sagte Vizepräsident Lewe.

Die europapolitischen Forderungen des Deutschen Städteages zeigen beispielhaft auf, bei welchen Themen die Auswirkungen auf die Städte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger explizit mitgedacht werden müssen. Konkrete Aufgaben der EU in der neuen Wahlperiode sind etwa die sozialen Sicherungssysteme besser zu koordinieren, Nachhaltigkeit, Klimaschutz sowie Online-Plattformen besser zu regulieren. Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/090669/index.html>.

Generation Europa: Influencer gesucht! – Wettbewerb zur Europawoche 2020

Der nordrhein-westfälische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, hat einen Wettbewerb zur Europawoche 2020 ausgerufen: Unter dem Motto „Generation Europa: Influencer gesucht“ werden Projekte zu den Themen „Unsere Umwelt“, „Unsere Medien“ und „Unsere Zukunft“ gesucht. Dabei soll der Austausch der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stehen. Teilnehmen können Kommunen, Vereine, Verbände, Schulen, Hochschulen, Einrichtungen und Institutionen in Nordrhein-Westfalen. Die Projekte sollten einer möglichst großen Zahl von Menschen zugänglich sein, eine große öffentliche Resonanz erfahren und in der Europawoche vom 2. bis 10. Mai 2020 in NRW stattfinden. Prämierte Projekte erhalten bis zu 2.000 Euro.

Mit diesem Wettbewerb soll die europäische Idee in Nordrhein-Westfalen unterstützt und verbreitet werden. In Frage kommen etwa Workshops, Lesungen, Seminare, Film- und Fotoprojekte, grenzüberschreitende Begegnungen und andere innovative Projekte wie Gallery- und Snapchatwalks, die zur Auseinandersetzung mit Europa anregen.

Einsendeschluss ist der 22. Januar 2020. Alle Informationen zu dem Wettbewerb finden Sie unter <https://www.mbei.nrw/europawoche>.

00 800 6 7 8 9 10 11: Über 100.000 Anrufe beim Europäischen Bürgertelefon

Im Jahr 2000 wurde das Europe Direct Kontaktzentrum als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zu Europa-Fragen gegründet. Unter der leicht zu merkenden Telefonnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 können Menschen aus der gesamten Europäischen Union dieses Angebot von Europe Direct kostenlos erreichen und auf einer der 24 Amtssprachen der EU Fragen rund um die Europäische Union stellen. Bis Ende Dezember dieses Jahres werden dort voraussichtlich mehr als 120.000 Fragen eingegangen sein – zwischen 2018 und 2019 ist die jährliche Anzahl der Fragen um 10 Prozent gestiegen. Etwa 86 Prozent aller Fragen konnten direkt beantwortet werden. Aktuell dient die Telefonnummer auch als Brexit-Helpline. Weitere Informationen zum Bürgertelefon finden Sie unter https://europa.eu/european-union/contact/europe-direct-answering-your-questions-about-eu_de.